

Was könnten schwule Politiker in BS überhaupt tun?

Vor den letzten Wahlen schrieb ich, dass unsere offen schwulen Politiker nicht wählbar seien – auch warum! Gehässige Reaktionen waren die Antwort.

Von Peter Thommen

Das Partnerschaftsgesetz ist unter Dach – ein Gesetz für eine Minderheit unserer Minderheit!
(BS mit der höchsten Annahmequote – 68 % JA)

Die Kantonsverfassung unterbindet Diskriminierung einer „sexuellen Orientierung“ – subsidiär zur Bundesverfassung („Lebensweise“)

Die Stiftung Stonewall unterstützt schwul-lesbische Projekte.

Die Ausstellung „Unverschämt“ gewährte einen öffentlichen Blick auf schwule Geschichte. Eine nachfolgende Kultur- und Diskussions-Veranstaltungsreihe – ein Jahr später – zog viele (schwule und lesbische) Interessierte an.

Der Verein „douxbâle“ bringt unter die Leute was in Basel ‚in unserem Interesse‘ veranstaltet wird...

Der Verein gaybasel.ch „gibt diesem bunten Treiben ein Gesicht und reagiert mit der online-Plattform auf den steten Wandel der lesbisch-schwulen Region.“ (Sieber/Wirz, PrM 14.9.05)

Das ist für einige nicht wenig. Aber im Hinblick auf die Schwulenbewegung der 70er Jahre und der Abschaffung von „Homo-Registern“ im letzten Jahrhundert, ist das politisch eindeutig zu wenig um die allgemeine Diskriminierung wirksam und auf breiter Basis abzubauen! PolitikerInnen und Öffentlichkeit interessieren sich allgemein zu wenig für unsere Anliegen. Nur zu aktuellen oder überraschenden Geschehnissen wird Betroffenheit markiert. (Kinderporno-Jagd, Internet-Zensur/gaynet, „Pädophilen“verfolgung in allen Medien) Dabei können vor allem Lesben, aber auch Schwule sich so schön von „diesen bösen Artgenossen“ distanzieren und die Heterosexuellen fühlen sich in althergebrachten Vorurteilen bestätigt! (*)

Eine Minderheit profitiert von politischen Aktivitäten und eine Minderheit wird – sogar von den „eigenen Leuten“ ausgestossen und kriminalisiert! So etwas ist für eine Emanzipationsbewegung unerträglich – und die „Mehrheit“ schweigt einfach!

Dabei gäbe es durch die ganze Verwaltung hindurch und in allen Medien Anlass genug, unsere Sichtweise einzubringen oder von unseren Erfahrungen zu lernen! Nicht mal Frauen nehmen eine spezifisch „schwule Sichtweise“ zu Kenntnis, obwohl dies für ihre „eigene“ weibliche Sichtweise ziemlich selbstverständlich geworden ist!

In Österreich wird gewählt und in Wien wird schwule Politik diskutiert, die mehr für uns alle unternimmt:

(Günter Tolar, Soz. Wien) „Wir haben in Wien im rechtlichen Bereich so ziemlich alles erreicht, was auf Landesebene erreicht werden kann. Derzeit arbeiten wir an Sensibilisierungsmassnahmen, damit alles, was die Stadt Wien für Homosexuelle rechtlich umgesetzt hat, auch unters Volk kommt. Es geht darum, Schulungen durchzuführen, durch welche die Handhabung der Gleichstellung geübt wird – etwa bei der Polizei oder im Magistrat...

Was zum Beispiel das Gleichbehandlungspaket betrifft, haben wir alle Gesetze auf Diskriminierungen und Ungleichheiten geprüft, sind dann zur zuständigen Stadträtin, den Juristen und den Beamten marschiert. Wir haben uns daran gewöhnt, ein bisschen vorzuarbeiten, nicht einfach nur zu fordern, sondern gleich mit Lösungen und Vorschlägen aufzuwarten.“

(Marco Schreuder, Grüne, Wien) „Diese Vielfalt an Menschen verschiedener Herkunft, verschiedener Religionen, verschiedener sexueller Identitäten und Orientierungen braucht kommunalpolitische Antworten und gezielte Massnahmen für jene Gruppen, die betroffen sind... Wir haben ja immer noch ein paar Punkte, die offen sind und auch von der SPÖ abgelehnt wurden. Zum Beispiel Aufklärungsunterricht an den Schulen, Aufklärungsbücher in den Schulbibliotheken, Massnahmen, die im Sozialbereich liegen, im Beratungsbereich... Ich denke zum Beispiel an die Betreuung von lesbischen Seniorinnen und schwulen Senioren... Es ist noch sehr viel im Bewusstseinsprozess auf der Verwaltungsebene zu tun, denn Homophobie ist ja nicht ausgestorben, das ist ein Phänomen, mit dem wir auch in den nächsten Jahrzehnten noch konfrontiert sein werden... Dazu gehören spezielle Betreuungsangebote in Wohngemeinschaften für lesbische, schwule und Transgender-Jugendliche. Es gibt sehr oft junge Menschen, die noch von zu Hause rausgeschmissen werden, die massive Probleme mit dem Elternhaus haben.“ (lambda nachrichten 5'2005)

Kommentar und Zusammenstellung von Peter Thommen (auf Thommens Senf 14.09.2005)

(*) Es geht darum, dass offensichtlich moralisierende Kampagnen vor allem gegen Schwule geritten werden. Entgegen den Versprechungen von Frau Rita Fuhrer, RegR (ZH), wurde bis jetzt von den vielen heterosexuellen Internetseiten, die ja proportional in grösserer Anzahl vorhanden sind, nicht viel über Razzien bekannt!

In Österreich wurden weibliche Minderjährige (unter 18 J) als Prostituierte vermittelt und viele der „Täter“ (u.a. auch Politiker und Staatsanwälte) freigesprochen, weil sie angeblich nicht über das wahre Alter der Mädchen informiert gewesen seien...

Eine „heterosexuelle“ Doppelmoral, die bei uns so streng gehandhabt wird, dass schon ein Schwuler, der offensichtlich Kontakte zu einem unter 16jährigen Jugendlichen sucht, gemäss Bundesgericht auch ohne vollbrachte Tat verurteilt werden kann!

Im übrigen gilt es, die Probleme von Pädophilen erst mal kennenzulernen, bevor sie pauschal als „Sexualtäter“ verurteilt werden! So war es schon vor 50 Jahren bei den Homosexuellen...

(Ich meine jetzt nicht die Übergriffe auf 10jährige! Sondern die Probleme, die sich ums Schutzalter ergeben - 14-15, was Schwule am häufigsten betrifft!)